



**Mit Herz und Verstand
für unser Hannover**

POLITIK FÜR HANNOVER

**Unser Programm zur Kommunalwahl
am 13. September 2026**

afd-hannover.de





Verantwortung für Hannover übernehmen

Hannover ist eine Stadt mit Geschichte, Innovation und Tradition. Namen wie Gottfried Wilhelm Leibniz, Karl Jatho, Elly Beinhorn, Emil Berliner oder Hermann Bahlsen stehen für Ideenreichtum, Pioniergeist und Kreativität – Werte, auf die wir stolz sein können. Sie zeigen, dass Hannover schon immer ein Ort war, an dem Menschen Großes geleistet haben und neue Wege gegangen sind.

Heute stehen wir erneut vor Herausforderungen, die entschlossenes Handeln erfordern. Wachsende Anforderungen an unsere Infrastruktur, die Erweiterung von Wohnraum, die Restaurierung des Haushaltes und eine lebenswerte Stadt für alle Generationen verlangen klare Prioritäten. Gleichzeitig dürfen wir Probleme nicht länger relativieren: Regelverstöße, Vermüllung, Vandalismus und Kriminalität beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl vieler Menschen.

Wir stehen deshalb für eine klare Null-Toleranz-Politik gegenüber Rechtsverstößen und Verwahrlosung im öffentlichen Raum. Das bedeutet: konsequentes Handeln bei Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, eine sichtbare Präsenz von Ordnungskräften sowie die konsequente Durchsetzung bestehender Regeln. Denn Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung sind die Grundlage für Lebensqualität und ein respektvolles Miteinander.

Dieses Programm greift genau diese Punkte auf. Es zeigt Wege auf, wie Hannover wieder sicherer, sauberer und lebendiger werden kann – mit Transparenz, Bürgernähe und Verantwortung. Dabei stehen Familien, Kinder und Jugendliche ebenso im Mittelpunkt wie alle Bürgerinnen und Bürger, die in unserer Stadt wohnen, arbeiten und sich engagieren.

Wir laden Sie mit zehn klaren Punkten ein, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen – für Hannover, für unsere Familien und für die Zukunft unserer Stadt.

**Machen Sie Deutschland wieder zu Ihrem Land
und Hannover zu Ihrer Stadt.**

1. HANNOVER WIEDER SICHER MACHEN	4
2. BILDUNG NACH HUMBOLDT	5
3. BAUEN STATT BLOCKIEREN - WOHNRAUM SCHAFFEN ..	7
4. MOBILITÄT – FREIE FAHRT FÜR FREIE BÜRGER.....	8
5. HANNOVERS STADTBILD SANIEREN	10
6. TRANSPARENTER UND SCHLANKER HAUSHALT	11
7. EINFACHE UND EFFIZIENTE VERWALTUNG.....	13
8. GESUNDHEITLICHE VERSORGUNG BEWAHREN.....	14
9. WIRTSCHAFT WIEDERBELEBEN	15
10. SOZIALES STÄRKEN	17
11. WAHLAUFRUF	19

1. HANNOVER WIEDER SICHER MACHEN

Sicherheit schafft Vertrauen.

Seit 2015 sind nach der polizeilichen Kriminalstatistik die Opferzahlen in der Region Hannover um über mehr als die Hälfte gestiegen. Sexualdelikte sogar über das dreifache. Das Vertrauen der Hannoveraner ist seitdem untereinander unterminiert worden. Diesen Zustand werden wir ändern durch:

- Einen Ausbau von Beleuchtung und Notrufpunkten – insbesondere an Spielplätzen.
- Mehr Präsenz von Polizei und Ordnungsamt sowie die gezielte Videoüberwachung an ausgewählten öffentlichen Plätzen, wie z. B. Kröpcke, Steintor, Raschplatz, Ernst-August-Platz.
- Einen deutlich präseanteren Ordnungsdienst am und im Bahnhof, um aggressives Betteln, exzessiven Alkohol- und Drogenkonsum sowie körperliche Gewalt und Diebstähle zu verhindern.
- Die Beendigung der Förderungen für Migranten u. a. aus dem Integrationsbeirat, um Bleibeanreize einzustellen, da Menschen ohne deutschen Pass 2,6 mal häufiger straffällig werden als Bürger mit deutschem Pass, gerechnet nach der in der polizeilichen Kriminalstatistik bemessenen Tatverdächtigenbelastungszahl.
- Eine bessere Ausstattung und klare politische Rückendeckung für Feuerwehr, Rettungsdienste und Ordnungsamt. Um den Respekt gegenüber dem Ordnungsdienst in der Gesellschaft zu erhöhen, soll sich dieser zukünftig "Stadtpolizei" nennen dürfen.

2. BILDUNG NACH HUMBOLDT

Unser Gemeinwesen benötigt Identifikation.

Deshalb brauchen wir die Vermittlung eines positiven Werte- und Gesellschaftsbildes in den städtischen Bildungseinrichtungen. Die AfD Hannover bekennt sich zum Humboldt'schen Bildungsideal. Unser kulturelles, wissenschaftliches und technisches Wissen muss als wichtigstes Gut für die Zukunft verstanden und kommenden Generationen im Rahmen eines ganzheitlichen Bildungsansatzes verfügbar gemacht werden. Die AfD Hannover fordert daher:

- Die Vermittlung eines klaren Bekenntnisses zur deutschen Kultur und Lebensweise in den städtischen Bildungseinrichtungen, bei welchem, unabhängig von Herkunft, Religion, Neigung und Aussehen, Werte wie Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß, Pflichtbewusstsein und Leistungsbereitschaft im Vordergrund stehen.

Bau von mehr Schulgebäuden.

Um einen hohen Bildungserfolg zu erreichen, ist eine intensive individuelle Förderung der Schüler unabdingbar. Eine der Voraussetzungen dafür ist, die Bereitstellung von zusätzlichen Schulgebäuden, welche die Stadt Hannover schnellstmöglich realisieren muss.

- Unnötig lange Planungen, Feststellungsverfahren und Bauphasen, wie zum Beispiel beim Gymnasium Bemerode, werden von uns verhindert.
- Wir werden die Klassenstärken spürbar reduzieren.
- Räume für die Förderung von benachteiligten Schülern sollen von der Stadt Hannover im ausreichenden Maße bereitgestellt werden, damit die Bildung dieser Schüler optimiert werden kann.

Schulsanierungen noch entschiedener in Angriff nehmen.

Die öffentliche Infrastruktur wurde in den letzten Jahrzehnten in Hannover stark vernachlässigt. Neben maroden Straßen, Geh- und Radwegen sind leider auch viele Schulen in Hannover sanierungsbedürftig, insbesondere deren sanitären Anlagen.

- Für die AfD Hannover ist die Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur eine der wesentlichsten kommunalen Aufgaben. Insbesondere die Sanierung der hannoverschen Schulen wird die AfD Hannover als Verwaltungsaufgabe von höchster Priorität definieren und bestehende Verwaltungsressourcen so umlenken, dass diese noch entschiedener in Angriff genommen werden kann.

Sport macht fit und geistig rege.

Die Bedingungen für den Sportunterricht in den Schulen Hannovers sind eher schlecht. Es mangelt an geeigneten Turnhallen und erst recht an Sportplätzen. Um Sportplätze zu erreichen, müssen Schüler teilweise lange Wege auf sich nehmen. Die AfD Hannover fordert:

- Einen raschen Aus- und Weiterbau von Sportstätten, insbesondere von Sportplätzen.
- Hannoversche Schulen sollten die Bundesjugendspiele mit Wettkampfcharakter jährlich durchführen. Die vom niedersächsischen Kultusministerium geschaffene Möglichkeit, die Bundesjugendspiele in den Grundschulen nicht durchzuführen, sollte ignoriert werden.

3. BAUEN STATT BLOCKIEREN - WOHNRAUM SCHAFFEN

Bezahlbar wohnen – glücklich leben.

Die durchschnittliche Vergleichsmiete ist seit 2015 in Hannover um über 40% gestiegen und nötigt viele Mieter zu Einsparungen bei ihrem Lebensunterhalt. Ein glückliches Leben ist wegen der hohen Mietpreise kaum noch möglich. Das werden wir ändern, indem wir:

- Städtische Flächen für Wohnungsbau aktivieren.
Unbebaute oder ungenutzte Flächen für neuen, bezahlbaren Wohnraum erschließen.
- Höhenbeschränkungen überprüfen, Verdichtung des Wohnraums in Betracht ziehen. Kreative Bauformen ermöglichen (z. B. Parkplätze oder Bestandsgebäude aufstockend überbauen, gemeinsame Gewerbe- und Wohnprojekte fördern).
- Kleingärten schützen.
Kleingärten sorgen für einen geringeren Bedarf an Gärten bei Mehrfamilienhäusern. Außerdem werden weniger Bebauungsflächen für Straßen notwendig sein, die aus Hannover herausführen, da Hannoveraner zur Erholung in der Stadt bleiben können.
- Studentenverbindungen gestatten mit dem Spruch „Empfohlen durch die Stadt Hannover“ zu werben, um Studenten falsche Scheu vor ungenutztem Wohnraum zu nehmen.
- Enteignungen klar ablehnen und übermäßige Regulierungen abbauen.
Wir sorgen dafür, dass Maßnahmen gestoppt werden, die private Wohnungsbauprojekte erschweren (Zweckentfremdungssatzung, Stellplatzsatzung, Sozialwohnungsquote usw.).
- Das Wir2.0-Förderprogramm für illegale Migranten einstellen, sodass geförderte illegale Migranten Hannover verlassen und so deren Wohnraum frei wird. Solange der Aufenthaltsstatus der Migranten ungesichert ist, sind diese kostengünstig sowie leicht erreichbar unterzubringen, damit Polizisten die rechtlich gebotene Abschiebung schnell und einfach durchführen können.

4. MOBILITÄT – FREIE FAHRT FÜR FREIE BÜRGER

Frei unterwegs – ohne Ideologie.

Die Stadtpolitik der letzten Jahre hat den motorisierten Individualverkehr einseitig zurückgedrängt und damit Pendler, Familien, Handwerk, Gewerbetreibende und ältere Menschen belastet. Hannover braucht eine Verkehrspolitik, die verbindet statt trennt. Ob Auto, Fahrrad, Bus, Bahn oder zu Fuß – jede Form der Mobilität hat ihre Berechtigung. Unser Ziel ist eine Stadt, in der sich alle frei und sicher bewegen können – ohne Bevormundung, aber mit Respekt füreinander. Das erreichen wir durch:

- Einheitliche Höchstgeschwindigkeiten auf Hauptverkehrsstraßen: Durchgehend Tempo 50, wo verkehrssicher auch Tempo 60.
- Eine durchgängige Grüne Welle auf allen Hauptverkehrsstraßen.
- Eine gleichwertige Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer. Keine der vier Verkehrsarten (Fußgänger, Fahrrad + Elektroroller, Autoverkehr, Öffentlicher Nahverkehr) darf ideologisch dazu missbraucht werden, eine andere Verkehrsart zu behindern. Für jede Verkehrsart einen eigenen Raum zu schaffen, ist das Ziel.
- Ein Ende des Parkplatzrückbaus, die Bereitstellung von mehr Parkmöglichkeiten für Pkws und die Prüfung, inwieweit die horrenden Parkgebühren gesenkt werden können, um die jahrelangen Gängelungen und Belastungen der Autofahrer zu reduzieren.
- Die gemeinsame Machbarkeitsprüfung mit Unternehmen, um deren Parkplätze über Nacht für Anwohner zur Verfügung zu stellen.
- Fahrradwege/Fahrradstraßen sollten in Nebenstraßen verlegt werden, die parallel zu Hauptverkehrsstraßen verlaufen, statt der teuren, überdimensionierten Velorouten.

- Unterbindung der Behinderung und Gefährdung auf Geh- und Radwegen durch abgestellte E-Roller indem diese abgeschleppt werden müssen.
- Einen Ankaufstopp für teure, unrentable Elektrobusse im öffentlichen Nahverkehr, damit die Fahrkartenpreise weniger schnell steigen.
- Eine Ablehnung von Ideologiprojekten wie autofreie Zonen, LGBTQ+-Ampelmännchen, Regenbögen oder „Fahrradautobahnen“.

5. HANNOVERS STADTBILD SANIEREN

Sauberkeit ist Respekt vor unserer Stadt.

Reisemagazine stufen selbst Städte wie Frankfurt am Main oder Hamburg als sauberer ein als Hannover. Bei Ranglisten landet Hannover nicht unter den 30 schönsten Reisezielen Deutschlands. Dem werden wir entgegen-treten durch:

- Eine Arbeitspflicht für erwerbsfähige Grundsicherungsempfänger. Ähnlich wie in der Stadt Nordhausen sollen Grundsicherungs-empfänger und Asylbewerber Hannovers Problemviertel, Parks, Laternenpfähle und beschmierte Wände schnell und kostengünstig reinigen.
- Eine Meldeplattform für Bürgerhinweise. Wer Verschmutzungen oder Schäden entdeckt, soll diese einfach digital melden können – schnell, unbürokratisch und mit Rückmeldung.
- Absprache mit der Deutschen Bahn, der Üstra bzw. weiteren zuständigen Stellen zur Sauberkeit im Umfeld von Gleisanlagen oder Bahnhöfen. Einsatz von Schaffnern und „Schwarzen Sheriffs“ in ausgewählten Linien der Üstra.
- Drastische Bußgelder für Müllsünder, Sprayer und Wildpinkler.
- Das Einstellen der Behandlung für Drogensüchtige in der Innenstadt. Die Behandlung muss auf dem Stadtgebiet an Orten ohne Wohnbevölkerung erfolgen.
- Das Verschieben der Obdachlosenunterbringung von der Innenstadt in Stadtbereiche mit geringer Wohnbevölkerung.
- Die Ablehnung von weiteren Flüchtlingsunterkünften oder einer freiwilligen Mehraufnahme von Asylbewerbern in der Stadt Hannover, da Menschen ohne deutschem Pass stark überproportional nach der polizeilichen Kriminalstatistik straffällig werden und Gewaltkriminalität demnach am häufigsten an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen praktiziert wird.

6. TRANSPARENTER UND SCHLANKER HAUSHALT

Pflichtaufgaben zuerst – Prestigeprojekte zuletzt.

Die Stadt und die Region Hannover sind mit Milliardenbeträgen verschuldet. Auch der Haushalt der Landeshauptstadt war zuletzt mit 83 Mio. Euro defizitär. Zeitgleich ist vielen Hannoveranern unklar, für was das Geld eingesetzt wird. Deswegen müssen die öffentlichen Ausgaben zukünftig zurückgefahren und klarer kommuniziert werden. Das erreichen wir durch:

- Einen sofortigen Stopp der Neuverschuldung.
- Einen Schuldenabbau mit verbindlichem Tilgungsplan durch Priorisierung und Streichung nicht zwingender Großprojekte (diverse Straßenbahnprojekte, energetischer Sanierungen, Velorouten).
- Eine Wiederbesetzungssperre bei freiwerdenden Stellen in der Stadtverwaltung. Freiwerdende Stellen dürfen nur noch mit internen Umschichtungen besetzt werden.
- Keine Nachbesetzung sowie schnellstmögliche Freisetzung von Vollzeitbeauftragten und Beratungsdienstleistungen, die ohne öffentliche Einmischung effizienter erbracht werden können (z.B. Klimaschutzagentur Hannover, Amanda e.V. oder der sogenannten „Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus“).
- Die Streichung der Ausgaben für kaum genutzte öffentlich finanzierte Einrichtungen und übergreifende (Schul)-Projekte im Bereich der politischen Indoktrination (z.B. sogenannter „Sternenmarsch für Demokratie“, Frei Day oder „Demokratie leben“).
- Die Gesundschumpfung defizitärer „Kulturangebote“ (Freies Theater Hannover, „Kultur in der Nachbarschaft“ bei den Stadtteilzentren usw.).

- Konsequente Berücksichtigung von Sparvorschlägen des Rechnungsprüfungsamtes. Dies beinhaltet auch professionelles Projektcontrolling für die Gebäudewirtschaft und Investitionen mit einem Verkauf von unrentablem öffentlichen Eigentum.
- Auflösung der kommunalen Fachstelle für Migrationsberatung, um so Asylbewerber, die sich nicht selbstständig und auf eigene Kosten über ihre Integration informieren, einen Ausreiseanreiz zu geben, sodass die Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz, der Grundsicherung oder deren Unterbringung nicht mehr von der Stadt Hannover getragen werden müssen.
- Einen digitalen Bürgerhaushalt für alle Ausgaben. Jeder Bürger soll in einer interaktiven Grafik nach dem Vorbild des Bundeshaushaltes, nachvollziehen können, wofür deren Gelder verwendet werden. Ausgaben u. a. für migrationspolitische Themenfelder müssen konkret und jederzeit abrufbar sein.

7. EINFACHE UND EFFIZIENTE VERWALTUNG

Service statt Stillstand.

Die IHK Hannover meint: „Überbordende Bürokratie schluckt Zeit und hemmt Innovation und Wachstum. [...Sie] stellt [...] eine immense Belastung dar.“ Das ändern wir durch:

- Eine komplette Digitalisierung von Verwaltungsdiensten bis 2028.
Zeitgemäße Digitalangebote sparen Wege, Zeit und Nerven – für Bürger und Verwaltung. Dabei dürfen digitale Systeme aber nicht zur Erstellung von Bewegungsprofilen oder zur Einschränkung von Freiheitsrechten genutzt werden. Ebenfalls sollen Experten für Sicherheit in der Informationstechnik regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen durchführen.
- Die Realisierung des One-in-two-out-Prinzips.
Für jede neue bürokratische Vorgabe müssen zwei ältere Vorgaben gestrichen werden.
- Mehr Motivation von Verwaltungsmitarbeitern.
Verwaltung soll - sofern möglich - von privaten externen Firmen übernommen werden, die nach dem Leistungsprinzip handeln.
- Schnelle Genehmigungsverfahren.
Verbindliche Fristen bei Genehmigungen mit KI gestützten Verfahren zur Beschleunigung. Wenn die Frist verstreicht, gilt der Antrag automatisch als genehmigt.
- Einfachere Sprache in der Verwaltung.
Um Zeit und Platz zu sparen, werden wir das Gendern, fremde Sprachen oder Klimawirkungsprüfungsnachweise in öffentlichen Dokumenten abschaffen.

8. GESUNDHEITLICHE VERSORGUNG BEWAHREN

Notversorgung sicherstellen.

Nachdem unter der SPD öffentliche Krankenhäuser in der Region Hannover geschlossen wurden, ist die Notversorgung vieler Hannoveraner in Gefahr. Wir sorgen stattdessen dafür, dass sich niemand drückt, wenn Sie die 112 drücken. Das passiert durch:

- Die Erhaltung und regelmäßige Instandsetzung der Kliniken in der Region Hannover.
- Die Sicherstellung der flächendeckenden Notfallversorgung.
- Die Errichtung und regelmäßige Wartung von Calisthenics Parks und Trimm-dich-Pfaden. Denn laut Turnvater Jahn braucht ein gesunder Geist einen gesunden Körper.
- Corona-Aufarbeitung der behördlichen Maßnahmen:
Wegen des wirtschaftlichen Schadens vieler Gewerbetreibender und auch wegen diverser Bürgerrechtsverletzungen wollen wir die Maßnahmenpolitik der Landeshauptstadt Hannover vorbehaltlos aufarbeiten (Kosten, Verhältnismäßigkeit, Grundrechtsverletzungen).
- Vergünstigte Ansiedlungen von Apotheken, Pflegeheimen, Fachärzten, Krankenhäusern oder Therapeuten, durch eine gestraffte Baumschutz- und wegfallende Stellplatzsatzung.
- Schnellere Termine bei Ärzten und anderen gesundheitlichen Dienstleistern u. a. durch wegfallende Bürokratie
- Erhaltung und Ausbau von Pflegeeinrichtungen sicherstellen v. a. mit optimaler Ausstattung (z. B. Klimaanlage)

9. WIRTSCHAFT WIEDERBELEBEN

Starke Wirtschaft – starke Gemeinschaft.

In der Landeshauptstadt mussten nach der IHK Hannover die Unternehmen so häufig Insolvenz anmelden wie vor elf Jahren nicht mehr. Hannover braucht deswegen eine Politik, die dem Mittelstand, Handwerk, Handel, der Gastronomie und Selbstständigen Luft zum Atmen gibt. Verwirklicht wird dies, indem wir

- Das “Sondervermögen” des Bundes für Hannover aktivieren.
Der Bund macht in dieser Wahlperiode fast eine Billion Euro neue Schulden u. a. für Infrastruktur. Die Region und Stadt Hannover müssen einen angemessenen Teil dieses Geldes für den Infrastrukturausbau in unserer Stadt beanspruchen und nach Hannover holen.
- Keine Anhebung der Gewerbesteuer oder Grundsteuer umsetzen. Sobald der Haushalt saniert wurde, müssen diese Steuern fallen. Die Einführung der Beherbergungssteuer von 2024 ist umgehend wieder rückgängig zu machen.
- Die Erreichbarkeit von Gewerbebetrieben und dem Einzelhandel mit dem KFZ wiederherstellen.
- Eine investitionsfreundliche Atmosphäre schaffen. Beispielsweise indem wir die von der SPD ehemaligen Hausbesetzern in Aussicht gestellte Immobiliensanierung verweigern und eine Klage wegen ihrer Hausbesetzung prüfen.
- In Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen die Aufstellung weiterer Mobilfunkmasten realisieren, um Verbindungsabbrüche und Funklöcher in unserer Landeshauptstadt auf null zu senken.

- Private Dienstleistungserbringung gegenüber öffentlicher Dienstleistungserbringung priorisieren. Weil private Dienstleister unter der öffentlich subventionierten Konkurrenz leiden, werden wir:
 - AWO-Kinderbetreuungsdienstleistungen, die mit pädophilen oder sexualisierten Ansätzen auffallen, durch private Anbieter ersetzen.
 - Die Polizei stärken, indem wir u.a. diese durch private Sicherheitsdienstleistungen entlasten.
 - Die familiäre Pflege durch geringere Abgaben für unpersönliche öffentliche Pflegedienste lukrativer machen und

Energie sichern – Freiheit bewahren.

Deutschland hat – nach eurostat - die zweithöchsten Strompreise in der EU. Dafür ist auch die Stadt Hannover verantwortlich. Schließlich entpuppte sich für viele Bürger der Ausbau der Fernwärme umfassender als zunächst angenommen und die einseitige Förderung von wetterabhängigen Energien diskriminiert preiswertere und umweltschonendere Alternativen. Dies werden wir ändern, indem wir:

- Den Fernwärmeausbau stoppen und neu bewerten.
Bevor weitere Milliarden investiert werden, müssen Wirtschaftlichkeit und soziale Auswirkungen transparent geprüft werden. Ausbau nur dort, wo er wirklich sinnvoll ist.
- Keine Energieformen indirekt aufzwingen.
Niemand darf gezwungen werden, sich an ein System zu binden. Wahlfreiheit ist ein zentraler Bestandteil einer fairen Energiepolitik. Deswegen werden wir Verbote und Vorgaben im Energiebereich ablehnen sowie Förderungen einstellen.

10. SOZIALES STÄRKEN

Umverteilung von arm bzw. fleißig zu reich beenden.

Im Jahr 2024 waren bundesweit 15,5% der Bevölkerung armutsgefährdet. In Hannover waren es jedoch 22%. Um dieser Armutsgefährdung entgegenzutreten, werden wir die Umverteilung von gesellschaftlich abgehängten Bürgern zu vermögenden Menschen in Hannover beenden, indem wir

- Lohndruck und Wohnraumbelastung u. a. durch illegale Migration zurückdrängen.
Durch die hohe Zahl an illegalen Migranten in Hannover sind die Löhne gefallen und die Mietpreise gestiegen. Wir setzen uns deswegen gegen die Aufnahme von nicht integrationsbereiten Migranten und für die Zurückdrängung der bereits in Hannover lebenden nicht integrationsbereiten Zuwanderer ein. Dies wird erreicht, indem sämtliche – rechtlich nicht verpflichtende – Sozialleistungen für Migranten gestrichen werden, ausschließlich die deutsche Sprache bei öffentlichen Dienstleistungen angewendet wird und die Bezahlkarte sämtliche Geldleistungen für Asylbewerber ersetzt. Der Missbrauch der Bezahlkarte wird unterbunden.
- Sozialleistungsbetrug bekämpfen.
Missbrauch von Sozialleistungen muss konsequent verhindert werden. Beispielsweise wird es nur noch zeitlich begrenzt möglich sein in Sozialwohnungen zu leben, damit Sozialwohnungen für wirklich bedürftige frei werden, wenn es den bisherigen Bewohnern besser geht. Stattdessen werden wir uns für mehr Wohngeld für tatsächlich Bedürftige einsetzen.
- Förderungen für reiche, einkommensstarke Menschen stoppen.
Durch die Dach-Solar-Richtlinie werden Personen mit Einfamilienhäusern gefördert. Eine Opernkarte, die vorwiegend reiche Leute nutzen, wird mit über 100 Euro subventioniert. Solche Fehlförderungen werden wir streichen.

- Schluss machen mit der ideologischen Regenbogenbeflaggung.
Die Werte der Regenbogenfahne stehen nach unserer Meinung christlichen Werten diametral entgegen. Deshalb werden öffentliche Einrichtungen nicht mehr mit der Regenbogenfahne im Stadtbild werben. Vor und an öffentlichen Gebäuden werden nur die Flaggen Hannovers, Niedersachsens und Deutschlands gehisst. Genauso muss die missbräuchliche Verwendung beliebiger “Farbfolgen” als Zebraustreifenersatz im Straßenverkehr unterbleiben. Dies sorgt nur für rechtliche Unsicherheiten, denn Verkehrszeichen sind in der StVO eindeutig und klar definiert.
- Kita-Kosten reduzieren.
Wir verbieten Ausgaben für sexualisierte Inhalte in den Kindergärten, insbesondere bei der AWO. Weiterhin werden Kinder von berufs-tätigen Eltern bei der Vergabe von Krippen- und Kindergartenplätzen bevorzugt.
- Mehr direkte Demokratie auf kommunaler Ebene wagen.
Mehrere Bürger fühlen sich sozial abgehängt, weil der Eindruck entsteht, dass nicht sie, sondern finanzstarke Lobbygruppen politische Entscheidungen bewirken. Bei zentralen Fragen der Stadtentwicklung, Verkehrspolitik, Großprojekten und Haushaltsbelastungen sollen deswegen Bürger frühzeitig beteiligt werden. Bürgerentscheide und Einwohnerbefragungen müssen erleichtert und ernst genommen werden. Demokratisch nicht legitimierte Bürgerräte oder vergleichbare Gremien sind hingegen abzulehnen.

11. WAHLAUFRUF

Die Alternative für Deutschland stellt sich Ihnen am 13. September 2026 in Stadt und Region zur Wahl. Sie will eine politische Alternative zur Politik der etablierten Alt-Parteien in Hannover bieten.

Unser Wahlprogramm ist eine gesellschaftspolitische Alternative zu der verheerenden und verfilzten Politik der etablierten Alt-Parteien. Wir wollen Kommune und Gesellschaft dezentral, volks- und basisnah gestalten und dadurch die Bürgerschaft stärken.

**Wir wollen, dass Sie in
Stadt und Region Hannover
sicher und frei leben können!
Unterstützen Sie unsere Politik!**

**Wählen Sie am 13. September 2026 die
Alternative für Deutschland!**



Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Für die bevorstehenden Kommunalwahlen im September 2026 sind wir auf das Engagement Freiwilliger und finanzielle Zuwendungen von unseren Unterstützern angewiesen.

Jede Zuwendung hilft!

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine Spendenquittung angeben.

Kommunalwahl 2026



Wählen Sie die AfD!

AfD Kreisverband Hannover Stadt
www.afd-hannover.de
Herrenstr. 7, 30159 Hannover
info@afd-hannover.de
facebook.com/afdhannoverstadt

SPENDENKONTO:

AfD Kreisverband Hannover Stadt
IBAN: DE67 2505 0180 0910 2231 30
Sparkasse Hannover

